

Mein

NEWSLETTER aus Gemünden & Berlin

EXTRA: Flüchtlings- & Integrationspolitik

Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

SONDERNEWSLETTER OKTOBER 2015

Liebe Leserin, liebe Leser,

zur Zeit dreht sich in der öffentlichen Berichterstattung, der Politik und in unseren Gesprächen fast alles um die Chancen und Herausforderungen, vor die uns die zu uns flüchtenden Menschen stellen. Um diesem Thema gerecht zu werden, gibt es nun von mir diesen Extra-Newsletter mit Infos und Meinungen auf 25 Seiten! Aber kei-

ne Sorge: Man muss nicht alle 25 Seiten lesen, um besser informiert zu sein.

Und um all die Texte aufzulkern, habe ich Grafiken aus facebook eingestreut, die mir „gefallen“ haben. So auch dieses biblische Motiv unten. Es soll wie alle anderen Motive auch zum Nachdenken anregen.

Solidarische Grüße

Bernd Rützel



INHALT

- 2 ... Gastbeitrag statt Klartext
- 4 ... Vor Ort: Syrien
- 6 ... Gabriel & Steinmeier
- 8 ... Resolution der BayernSPD
- 10 ... Fakten statt Vorurteile
- 14 ... 10 Punkte der SPD
- 19 ... Unbegleitete Minderjährige
- 20 ... Gegen Schleuser vorgehen
- 14 ... Asylgesetzpaket

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
Fax 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
Fax 030 227 76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.:

Bernd Rützel, MdB
Obertorstraße 13
97737 Gemünden

Deutschland W heißt willkommen.

GASTBEITRAG

Mein Kollege Josip Juratovic, Integrationsbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion, hat in der Frankfurter Rundschau vom 18.09.2015 einen Artikel veröffentlicht, den ich Ihnen/Euch - statt eines Klartextes von mir - in gekürzter Fassung zur Verfügung stellen möchte. Ich kann das, was er schreibt, nur unterstützen!

Je zielstrebig wir Flüchtlingen helfen, desto schneller werden sie für ihren Lebensunterhalt aufkommen.

An der Grenze zu Österreich kontrolliert wieder die Bundespolizei. Die Diskussion um Grenzkontrollen lenkt von den vier eigentlichen Herausforderungen ab, um die wir uns jetzt kümmern müssen:

- humanitäre Soforthilfe,
- eine Entlastung des Asylsystems,
- legale Migrationswege und
- eine gelungene Integration.

Für die Soforthilfe hat der Koalitionsausschuss zusätzliche drei Milliarden Euro zugesagt. Das Beschleunigungsgesetz zum Umbau von Immobilien und der Ausbau von winterfesten Plätzen für Geflüchtete sind wichtige Stützen bei der Unterbringung. Dies ermöglicht Ländern und Kommunen kurzfristigen Handlungsspielraum. Zudem öffnen wir bestehende Integrationskurse für Asylsuchende.

Indem wir das Leiharbeitsverbot für Asylsuchende aufheben, ermöglichen wir ihnen, schnell für den eigenen Lebensunterhalt aufzukommen. Das sind die richtigen Schritte. Aber ich sage auch offen:

Dass wir dafür auf Druck von CDU und CSU die Verlängerung der Residenzpflicht und die Rückkehr zum Sachleistungsprinzip in Kauf nehmen müssen, finde ich rückwärtsgewandt und bürokratiefördernd.

Jeder Mitarbeiter in der Asyl-Verwaltung wird bestätigen, dass wir angesichts der vielen ankommenden Flüchtlinge organisatorisch überfordert sind. Deswegen müssen wir jetzt schnell den Druck von unserem Asylsystem nehmen. Es ist tragisch, aber der Krieg in Syrien wird nicht über Nacht enden. Den von dort flüchtenden Menschen wollen wir selbstverständlich zur Seite stehen.

Die Einstufung weiterer Westbalkanstaaten als „sicher“ ist menschenrechtlich vertretbar, denn die Definition sicherer Herkunftsländer setzt nicht das individuelle Asylrecht außer Kraft.

Mit der SPD gibt es keine Änderung am Asylartikel 16 im Grundgesetz!

Unabhängig von der Asylsituation wissen wir vom drohenden Arbeitskräftemangel in Deutschland. Wir wissen auch, dass vielen Menschen auf dem westlichen Balkan die Zukunftsperspektive fehlt und sie bereit sind, ihre Heimat zu verlassen. Ich war diesen Sommer in fast allen Ländern des Westbalkans unterwegs und kenne die triste soziale Realität. Deswegen müssen wir legale Wege zur Arbeitsmigration öffnen und die Menschen auf diesem Weg willkommen heißen.

Dafür ist unser jetziger Plan der richtige: Wer vom westlichen Balkan kommt und einen tarifgebundenen Arbeitsvertrag in Deutschland nachweist, kann bei uns arbeiten. Das ist der erste Schritt auf dem

Deutschland W heißt illkommen.

Weg zu einem Einwanderungsgesetz, das wir als SPD seit langem fordern. Ich freue mich, dass sich nun auch die CDU dazu bekennt.

Darüber hinaus brauchen wir jetzt eine ehrliche Diskussion über unseren langfristigen Plan zur Integration der anerkannten Asylbewerber in unsere Gesellschaft. Wir sollten die Fehler bei der Integration der Gastarbeiter nicht wiederholen. Die Integration der Ankommenden ist eine große gesellschaftliche Aufgabe. Wenn wir realistisch darauf schauen, wird diese Aufgabe viel Geld kosten. Wir wollen die Menschen fit für den deutschen Arbeitsmarkt machen. Wir brauchen qualitativ hochwertige Deutschkurse, betriebliche und schulische Aus-

bildungen, Plätze an Universitäten und dazu erschwinglichen Wohnraum. Das alles will bezahlt sein.

Die Frage ist nicht, ob wir das Geld brauchen, sondern woher wir es nehmen. Es darf nicht passieren, dass die Unterstützung der Geflüchteten auf Kosten anderer bedürftiger Gruppen geschieht.

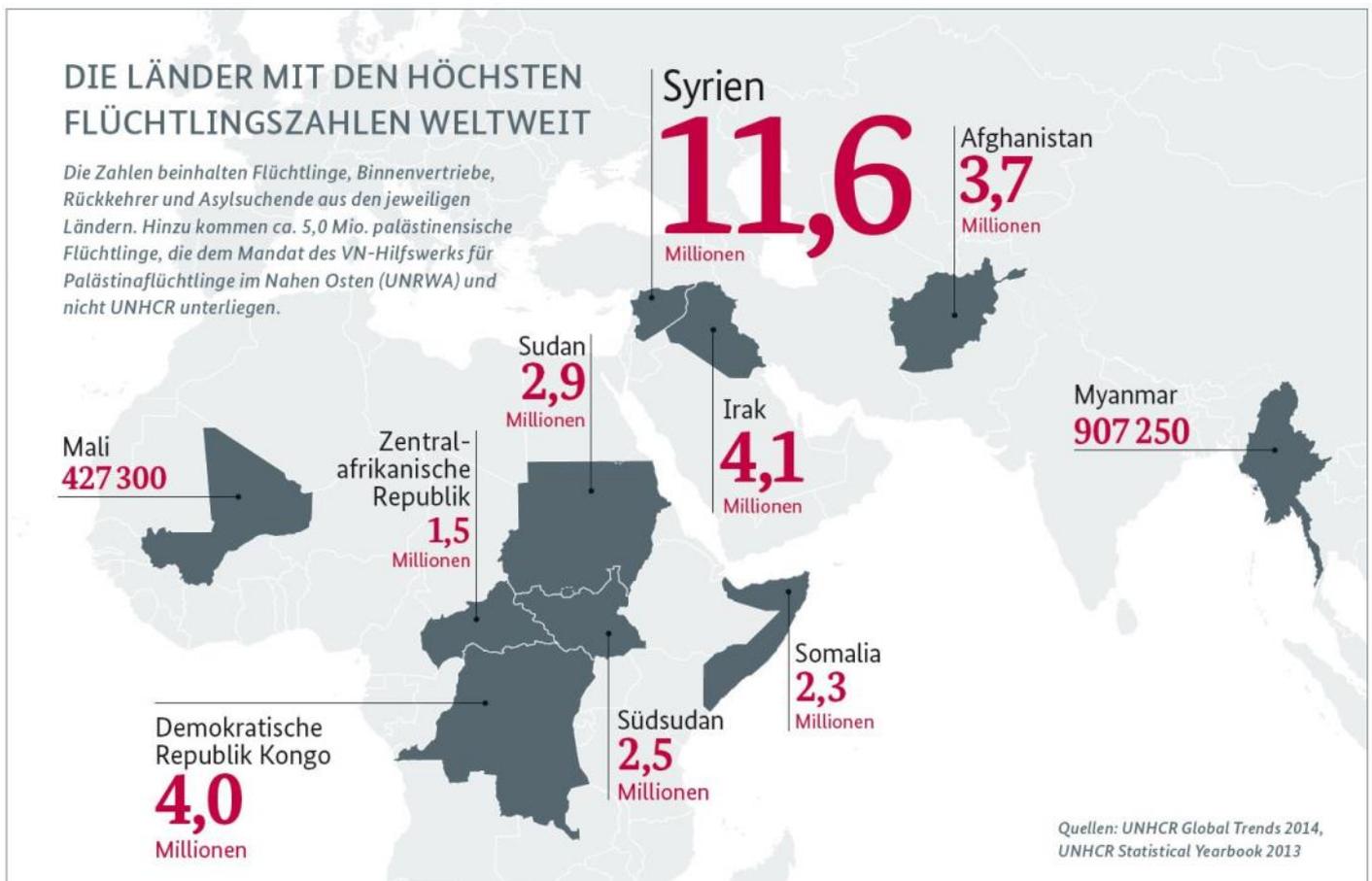
Denn unsere Gesellschaft ist für alle da. Je zielstrebigter wir die Integration finanzieren, desto schneller werden Flüchtlinge für ihren eigenen Lebensunterhalt aufkommen und zu guten Steuerzahlern.

Mehr zu unserer Politik im Bundestag: www.spdfraktion.de

The screenshot shows the website of the SPD Bundestag Fraktion. The header features the SPD logo and the text 'SPD BUNDESTAGS FRAKTION'. A search bar is visible on the right. The main content area displays a news article titled 'Wir wollen keine Haftanstalten für Flüchtlinge an der Grenze'. The article includes a video player showing a man speaking at a press conference. Below the article, there are four small text boxes with related headlines: 'Wir wollen keine Haftanstalten für Flüchtlinge an der Grenze', '"Es geht nicht um rechts oder links in der Flüchtlingsfrage"', 'Schnellere Asylverfahren, Hilfe für die Kommunen', and 'Neue Gute Arbeit erschienen'. A left sidebar contains a navigation menu with links to 'Startseite', 'Abgeordnete', 'Fraktion', 'Gesagt, getan, gerecht', 'Projekt Zukunft', 'Themen', 'Presse', 'Termine', 'Veröffentlichungen', 'Service', and 'Stellenangebote'.

Deutschland

W heißt willkommen.



DIE KRISE BEGINNT VOR ORT— BEISPIEL SYRIEN

Die Solidarität und Hilfsbereitschaft, die Tausende Deutsche in diesen Tagen den Menschen entgegenbringen, die aus Krisenregionen fliehen und Zuflucht bei uns suchen, sind geradezu überwältigend. Es ist gut zu wissen, dass wir auf diese Mitmenschlichkeit bauen können. Aber die Menschen, die in diesen Tagen mithelfen, fragen uns auch: **Wie wird es weitergehen und wie viel kann Deutschland noch leisten?**

Klar ist: Wir brauchen eine europäische Lösung der Flüchtlingskrise. Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier haben hierzu frühzeitig Vorschläge gemacht. Aber ebenso klar ist:

Die Flüchtlingsbewegungen werden auf lange Sicht kein Ende nehmen, wenn wir das Übel nicht an der Wurzel packen und helfen, die Krisenherde zu entschärfen und zu stabilisieren.

Deutschland W heißt illkommen.

In ganz besonderer Weise gilt das für den grausamen Bürgerkrieg in Syrien. Von Beginn an haben Syrerinnen und Syrer bei uns in Deutschland Zuflucht gefunden. Mittlerweile sind es über 200.000. Allein in diesem Monat sind über 40.000 hinzugekommen. Doch selbst diese großen Zahlen verblassen gegenüber dem Ausmaß der menschlichen Not vor Ort: Über 14 Millionen Syrerinnen und Syrer haben ihr Zuhause verloren. Etwa zwei Drittel davon sind auf der Flucht im eigenen Land, über 4 Millionen in den Nachbarstaaten.

Wir schulden es dem Schicksal dieser Menschen, alles zu tun, was auf dem Wege zu einer Entschärfung und Lösung möglich ist. Deshalb ist es richtig, dass wir in Partei und Fraktion, in der Öffentlichkeit darüber diskutieren, was wir tun können, um dem Krieg ein Ende zu machen. Ich bin der festen Überzeugung, dass eine militärische Eskalation die falsche Antwort ist. Nur wenn wir beharrlich und auf mehreren Ebenen für eine politische Lösung arbeiten, wird es gelingen, das Land zu befrieden.

(Grafik: bmz.de)



Die Bewältigung der Flüchtlingskrise hat für die deutsche Entwicklungspolitik höchste Priorität. Wir investieren gezielt Mittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen und zur Unterstützung von Flüchtlingen:

Wir geben mehr als **1 MILLIARDE EURO FÜR DIREKTE FLÜCHTLINGSHILFE** aus.

Mehr als **12 MILLIARDEN EURO** fließen über die gesamte Legislaturperiode hinweg in **STRUKTURELLE FLUCHTURSACHEN-BEKÄMPFUNG**.

Wir haben **DREI SONDERINITIATIVEN** geschaffen und setzen gerade ein weiteres **INFRASTRUKTURPROGRAMM** für Flüchtlingsgebiete in Nahost, Nordafrika, Westafrika und der Ukraine in Höhe von 1,7 Milliarden Euro um (Wohnungsbau, Wasserversorgung, Schulen, Krankenhäuser, Stromversorgung).

Hierdurch können wir unter anderem:

60.000 syrische Kinder im Libanon einschulen;



400.000 Menschen in Mali mit Wasser versorgen;

15.000 Menschen im Irak in Beschäftigung bringen;

25.000 Menschen in Ägypten beruflich bilden;

Wohnraum für **25.000** Menschen in der Ukraine schaffen;



800.000 Menschen in Jordanien mit Wasser und **200.000** Menschen mit Strom versorgen.



Deutschland W heißt illkommen.

GASTBEITRAG GABRIEL & STEINMEIER: KLARTEXT IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK

Neben der konkreten Hilfe hier bei uns ist die Bekämpfung der Fluchtursachen Priorität Nummer eins für die Politik Deutschlands und der EU. Hierzu und zur aktuellen Flüchtlingsdebatte haben Sigmar Gabriel und Frank Walter Steinmeier einen interessanten Gastbeitrag im SPIEGEL geschrieben, den ich Ihnen und Euch nicht vorenthalten möchte:

Was sind wir den von Krieg und Gewalt Bedrohten schuldig? Was und wie viel halten wir aus? Wann sind die äußersten Grenzen der Belastbarkeit erreicht? Jede der drei Fragen hat ihre Berechtigung.

Wenn sich aber die Debatte nur noch zwischen den medial zugespitzten „Wir schaffen das“ und „Das Boot ist voll“ bewegt, dann droht die Flüchtlingsfrage unsere Gesellschaft zu zerreißen. Wir brauchen eine ehrliche Diskussion über realistische Gestaltungsmöglichkeiten.

Zur Ehrlichkeit gehören einige Feststellungen: **Ja**, die große Mehrheit der zu uns kommenden Menschen flieht tatsächlich aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten oder unmittelbar aus den Nachbarregionen. **Ja**, wir hatten einen hohen Anteil von Flüchtlingen aus dem westlichen Balkan. Diese haben aber keine Chance

auf Anerkennung auf Asyl. Sie müssen rasch in ihre Heimat zurückkehren. **Ja**, trotz der beispiellosen Hilfsbereitschaft der Deutschen und der überwältigenden Leistung der Kommunen, müssen wir das Mögliche dafür tun, damit die Zuwanderungszahlen nach Deutschland wieder sinken. Denn wir können nicht dauerhaft in jedem Jahr mehr als eine Million Flüchtlinge aufnehmen und integrieren.

Zur Ehrlichkeit gehört das Eingeständnis, dass wir die Dynamik der Migration nicht allein mit den Mitteln der deutschen Innenpolitik und schon gar nicht ohne Europa beeinflussen können; und auch dann werden wir den Trend nicht über Nacht brechen.

Deutschland hat gehandelt. Länder und Kommunen werden entlastet. Wir haben mit dem Asylpaket nationale Voraussetzungen geschaffen, um vor allem den

wirklich Schutzbedürftigen helfen zu können. Unsere rechtsstaatliche Kultur mitsamt den verfassungsrechtlich garantierten Grundrechten werfen wir dabei nicht über Bord.

Klar ist aber auch: Wir müssen mit Beharrlichkeit und Entschiedenheit an internationalen und besonders europäischen Lösungen arbeiten, damit der Druck auf Deutschland wieder abnehmen kann. Dafür brauchen wir wieder mehr Vertrauen, dass nationaler Egoismus keinen Ausweg bringt, gemeinsames Handeln aber allen nutzt.

Die Entscheidung in der EU zur Verteilung von 120.000 Flüchtlingen ist gut, reicht aber nicht. Wir brauchen einen dauerhaften europäischen Verteilungsschlüssel.

Wir haben funktionsfähige europäische Institutionen, sie sind aber nicht auf den derzeitigen

Deutschland W heißt illkommen.

Flüchtlingsansturm eingestellt. FRONTEX braucht mehr Personal für die Sicherung der EU-Außengrenzen und sollte zu einer europäischen Grenzschutzbehörde ausgebaut werden. Überfällig ist eine gemeinsame Grenzsicherung mit der Türkei im östlichen Mittelmeer.

Das Europäische Asylunterstützungsbüro EASO ist ja schon der Embryo einer europäischen Asylbehörde. Auch hier sollten wir mutige Schritte der Integration angehen. Wir müssen Griechenland und Italien beim Aufbau von „Europäischen Ankunftszentren“ unterstützen. Hier müssen konsequent alle ankommenden Flüchtlinge registriert und dann innerhalb der EU gerecht verteilt werden.

Europäische Lösungen werden aber nur dann greifen, wenn wir zu Vereinbarungen mit den Schlüsselländern in der europäischen Nachbarschaft, vor allem der Türkei, kommen. Hier hat die Europäische Kommission einen Aktionsplan vorgeschlagen, den wir mit einem bilateralen Migrationsdialog flankieren.

Wir müssen jene Staaten stützen, die derzeit einen Großteil der Flüchtlinge aufnehmen.

Das sind neben der Türkei vor allem Jordanien und der Libanon. In New York ist es gelungen, unsere Hilfe an die die internationalen humanitären Hilfsorganisationen um 1,8 Milliarden Dollar aufzustocken.

Die wichtigste und nachhaltigste Aufgabe unserer Außenpolitik bleibt es, die Flüchtlingskrise dort zu bekämpfen, wo sie entsteht.

Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft für politische Lösungen für die großen Krisen und Konfliktherde des Mittleren Ostens und Nordafrikas ein. Dazu gehören auch Gespräche mit Russland.

Es muss verhindert werden, dass die staatlichen Strukturen in Syrien endgültig implodieren und sich noch mehr Menschen auf den Weg zu uns machen.

Wir erreichen nur dann Verständnis und Vertrauen, wenn wir über realistische Gestaltungsmöglichkeiten sprechen. Deshalb brauchen wir bei-

des, Zuversicht und Realismus. Nur mit Zuversicht mobilisieren wir die politische und gesellschaftliche Gestaltungskraft, um die große Chance der Integration dieser Menschen zu nutzen. Und nur mit Realismus können wir unsere humanitären Ziele auch in die Praxis umsetzen.

Unsere Politik wird nur dann auf Dauer mitgetragen, wenn wir die Hilfsbereitschaft der Menschen in unserem Land nicht überfordern. Und wir erreichen nur dann Akzeptanz, wenn Menschen in unserem Land nicht vernachlässigt werden und auch ihre ganz realen Bedürfnisse und Probleme ernstgenommen werden.



"Rassismus ist eine Krankheit, gegen die alle Kinder dieser Welt immun sind."
Foto und Zitat gefunden auf Facebook.

Deutschland W heißt illkommen.

RESOLUTION DER BAYERNSPD: KEINE ASYL-OBERGRENZE

Der Vorstand der BayernSPD, dem auch ich angehöre, hat sich am letzten Wochenende zur jährlichen Herbstklausur getroffen. Flucht und Vertreibung standen im Mittelpunkt in Kochel am See. Die einhellige Botschaft: Bayern schafft es, die hilfesuchenden Menschen zu integrieren. Dabei gilt es, besonnen und realistisch vorzugehen. Populistische Reflexe, Illusionen von undurchlässigen Grenzen und neue Zäune sind keine nachhaltigen Antworten. Die dreistündige Debatte am Samstag konnte per Livestream mit Livechat im Internet verfolgt werden. Mehr dazu auf www.bayernspd.de

Unser SPD-Landesvorsitzender **Florian Pronold** betonte gleich zu Beginn der Debatte in der Georg-von-Vollmar-Akademie: „Wir brauchen einen langen Atem, aber wir können die Integration schaffen.“

Klar ist aber auch: Wir machen nicht nur Politik für Flüchtlinge. Das Problem der Wohnungsnot ist schon lange da. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für alle. Es ist wichtig, nicht die Schwächsten in der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen.

Es gibt einerseits schon jetzt viele Menschen, die auf dem bayerischen Wohnungsmarkt keine Wohnung finden. Es gibt andererseits die Flüchtlinge, die bald eine Wohnung brauchen werden. Und da müssen wir noch mehr tun als die Staatsregierung jetzt in ihrem Integrationspaket angekündigt hat.“

Zu Gast in Kochel: Nürnbergs Oberbürgermeister **Dr. Ulrich Maly**. Er bezeichnete das Integrati-

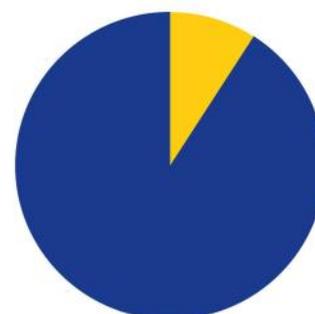
onspaket der Staatsregierung als ersten Schritt in die richtige Richtung. Um die hilfesuchenden Menschen erfolgreich zu integrieren, gilt laut Maly die Devise: „Wir müssen die bewährten Instrumente verwenden und die Fehler von früher vermeiden. Das Wichtigste ist die Vermittlung der deutschen Sprache. Integration gelingt aber auch im Kindergarten, über Bildung, also in der Schule, über den Arbeitsmarkt und über den Wohnungsmarkt. Dabei dürfen wir nicht vergessen: Die gleiche Empathie, die wir für die Flüchtlinge aufbringen, müssen wir für die aufnehmende Gesellschaft aufbringen. Begegnungen sind entscheidend. Begegnungen helfen, aus Fremden im besten Fall auch Freunde zu machen.“

Widerspruch erntete der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer für seine rechtspopulistischen Ankündigungen.

Torten der Wahrheit

VON KATJA BERLIN

Was den Haushalt belastet



■ Kriegsflüchtlinge
■ Steuerflüchtlinge

Gefunden im Internet auf www.zeit.de

Deutschland W heißt illkommen.

Florian Pronold dazu: „Horst Seehofer hat versucht den Eindruck zu erwecken, er könnte Grenzzäune wieder hochziehen und Flüchtlinge zurückschicken. Wir müssen mit dem Thema anders umgehen. Man darf keine Illusionen wecken. Stammtischparolen und andgedrohte Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht helfen nicht weiter.“

Auch Ulrich Maly empfahl der Staatsregierung eine andere Strategie: „Es ist nicht Aufgabe der Politik, die Menschen immer noch weiter zu verunsichern mit immer neuen Vorschlägen. Kein Bundesland alleine hat die Instrumente, um den Zuwachs des Zuzugs der Flüchtlinge zu begrenzen. Bayern alleine wird das Problem nicht lösen. Wir müssen uns den großen Flüchtlingslagern zuwenden, in Jordanien, im Libanon und in der Türkei. Das muss auf der europäischen Ebene solidarisch gelöst werden. Da ist Außenpolitik gefragt und die wird in Berlin gemacht.“

Der Vorsitzende der SPD-Landesgruppe im Bundestag und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende, Martin Burkert, erneuerte auf der Klausur die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz:

„Nur so können wir Rahmenbedingungen setzen

für gezielte Einwanderung neben dem Asylrecht. Gesteuerte Migration in den Arbeitsmarkt ist nötig. Wir haben 90.000 offene Stellen in Bayern. Und das wird anwachsen in den nächsten fünf Jahren auf 220.000 freie Stellen. Mit einem Einwanderungsgesetz stellen wir die richtigen Weichen.“

Unter dem Motto „Wer? Wenn nicht wir! – Flüchtlingspolitik zwischen Humanität und Grenzzaun“ gibt die BayernSPD auf dem Parteitag in Augsburg am 24.10. weitere Antworten auf die Fragen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik.

**WER?
WENN NICHT
WIR!**

**FLÜCHTLINGSPOLITIK ZWISCHEN
HUMANITÄT UND GRENZZAUN**

Deutschland W heißt illkommen.

WAHRHEITEN GEGEN VORURTEILE

Unsicherheiten entfachen Misstrauen und Ängste. Viele Menschen sind angesichts von Hunderttausenden Flüchtlingen und Asylbewerbern, die nach Deutschland kommen, verunsichert.

Schluss mit Vorurteilen über Flüchtlinge! Fakten schaffen da klare Sicht.



Vorurteil: „Deutschland ist zu klein für noch mehr Zuwanderung“

Fakt ist: Deutschland braucht dringend Zuwanderung – besonders Fachkräfte werden gesucht. Viele Flüchtlinge, die bei uns Asyl beantragen, sind gut ausgebildet und zum Teil hoch qualifiziert. Wir wissen, dass viele bleiben werden. Deshalb hat die SPD dafür gesorgt, dass sie so früh wie möglich Deutsch lernen. Die Menschen müssen schnell und gut integriert werden. Wir wollen nicht, dass sich die Fehler der 90er Jahre wiederholen. Und überhaupt: Wenn in eine Gastwirtschaft mit 90 Stühlen, von denen 80 besetzt sind, eins-zwei Gäste hinzukommen: Ist diese Gastwirtschaft dann überfüllt? Nein!

Vorurteil: „Asylbewerber bekommen mehr als Hartz-IV-Empfänger“

Fakt ist: Das ist falsch. In den ersten 15 Monaten bekommen sie vor allem Sachleistungen und ein Taschengeld – und damit deutlich weniger als Hartz-IV-Empfänger. Anschließend erhalten sie das gleiche Existenzminimum. Das Bundesverfassungsgericht hat 2012 klar geurteilt: Weniger als das ist mit der Menschenwürde nicht vereinbar. Allerdings haben Asylsuchende keinerlei Ansprüche auf Fördermaßnahmen wie etwa Hartz-IV-Empfänger.

Vorurteil: „In der Nähe von Flüchtlingsheimen steigt die Kriminalität“

Fakt ist: Dort, wo die Kriminalität steigt, liegt das nicht an den Flüchtlingen! Sondern an den zunehmenden Übergriffen auf sie, wie auch an den Anschlägen und Brandstiftungen auf Flüchtlingsheime durch Rechtsradikale. So wurde im Zusammenhang mit den Pegida-Demonstrationen eine Steigerung der Tötlichkeiten und Anfeindungen gegen Flüchtlinge in kürzester Zeit um unglaubliche 130 Prozent registriert.

Deutschland W heißt illkommen.

Flüchtlinge sind nicht krimineller als Deutsche. Glauben Sie nicht alle Geschichten von Vergewaltigern, Kinderschändern und Dieben, von gewalttätigen Flüchtlingen, die Frauen belästigen und eine Gefahr für kleine Kinder sind. Das Internet ist voll von solchen Geschichten und Behauptungen. Doch Fakt ist: In keinem Bundesland kann die Polizei all das bestätigen. Hier wird mit den Ängsten der Menschen eine Hetze betrieben, die wir nicht mitmachen dürfen!

Vorurteil: „Da kommen nur junge Männer, die ihre Heimat und ihre Familien im Stich lassen“

Fakt ist: Das ist so, aber das hat auch seine guten Gründe! Mal abgesehen davon, dass bis zu 30 Prozent der Flüchtlinge Kinder und Jugendliche sind – das Bild auf den Straßen vor Flüchtlingsheimen ist tatsächlich dominiert von jungen, meist dunkelhäutigen Männern. Die Entscheidung zur Migration hängt von der individuellen Situation ab. In vielen Familien, die in Gefahr geraten, reichen die Ressourcen einfach nicht aus, um mehr als einem Mitglied die Flucht nach Europa zu finanzieren. Aus verschiedenen Gründen würden dann eher die jungen Männer als Frauen oder Ältere und Kinder auf den Weg geschickt.

So sind Männer etwa in der Regel körperlich stärker und - je nach Herkunft - häufig besser ausgebildet als Frauen. Deshalb gelten ihre Chancen als größer, eine gefährliche Reise zu überleben und am Zielort Arbeit zu finden. Häufig stellen sie aus traditionellen Vorstellungen heraus den Haupternährer - und stehen damit in der Verantwortung, für die Familie zu sorgen. Dazu kommt, dass sich meist die Frauen um den Nachwuchs kümmern, der eine Reise noch beschwerlicher und gefährlicher machen kann. Für Frauen kommt zu allen anderen Gefahren in manchen Gebieten zudem das Risiko hinzu, auf der Flucht verschleppt und vergewaltigt zu werden. Das gilt etwa für die Wege der Migranten über den Sinai.

In Kampfgebieten ist die Gefahr für Männer größer, von einer Partei als mutmaßlicher Gegner getötet oder von einer anderen Partei - etwa der Regierungsarmee - zwangsrekrutiert zu werden. Auch diese Gründe können zur Flucht motivieren.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass sich - unabhängig vom konkreten Anlass der Flucht - eher Männer auf die gefährliche Reise machen, während die Familien in der Hoffnung zurückbleiben, dass sie später über eine Familienzusammenführung ohne Risiko nachreisen können - oder aus der Ferne vom Mann versorgt werden.

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

Selbst wenn es die Gutmenschen wollen, wir können nicht jeden willkommen heißen. Zehntausende Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen in Zelten auf engstem Raum zusammenzupferchen und zu hoffen, dass sie sich klaglos deutschen Sitten anpassen, ist schlicht verantwortungslos. 2000 Polizeieinsätze innerhalb von zwei Wochen sprechen eine deutliche Sprache: Über 1000 Straftaten und mehr als 3000 Verletzte allein seit Ende September – dieser Irrsinn kann nicht länger so weitergehen! Wann begreifen unsere Politiker, die trunken vor Selbstgefälligkeit von deutscher Gastfreundschaft schwafeln, dass damit endlich Schluss sein muss. 2016 darf es kein Oktoberfest mehr geben!

SW

... gefunden auf facebook.de

Deutschland W heißt illkommen.

Vorurteil: „Unser christliches Abendland wird von den Muslimen überrannt“

Fakt ist: Aktuell leben in Deutschland fünf Prozent Muslime. Selbst wenn alle Flüchtlinge Muslime wären, was sie nicht sind, würde dieser Prozentsatz bei einer Millionen Flüchtlinge pro Jahr gerade mal jährlich um 0,0625 Prozent. Von einer Islamisierung kann man bei solchen Zahlen nun wirklich nicht sprechen!

Vorurteil: „Wir sind nicht das Weltsozialamt“

Fakt ist: Das Recht auf Asyl für Frauen, Männer und Kinder, die Schutz bei uns suchen, ist ein Grundrecht. Es gehört zum Kernbestand unserer Geschichte und unserer Verfassung. Asylsuchenden wird das Existenzminimum gewährt, bis sie sich durch eigene Arbeit ihr Leben finanzieren können. Deshalb hat die SPD dafür gesorgt, dass sie bereits nach drei Monaten arbeiten dürfen. Und es ist ja auch nicht so, dass die Mehrzahl der Flüchtlinge zu uns will. Die meisten bleiben im eigenen Land oder in den Nachbarländern, wo sie oft unter menschenunwürdigen Umständen untergebracht sind.

Vorurteil: „Flüchtlinge nehmen uns unsere Arbeitsplätze weg“

Fakt ist: Eher im Gegenteil! In Deutschland werden in vielen Berufen händeringend Arbeitskräfte gesucht. Tatsache ist, dass wir eine doppelte Integration brauchen: erstens die Integration der Flüchtlinge, zweitens die Integration von arbeitslosen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere von Langzeitarbeitslosen. Das ist Aufgabe der Politik. Arbeitsministerin Andrea Nahles hat dazu bereits ein Programm zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit auf den Weg gebracht. Wir als SPD vergessen keinen deutschen Arbeitslosen – wir spielen aber auch keine Asylsuchenden gegen inländische Arbeitssuchende aus! Und wir fordern die anderen Parteien auf, diesen Weg mit uns zu gehen.

18,75

... Asylbewerber kommen
auf 1000 Deutsche.
Auf DICH kommen
also maximal 0,01875
Asylbewerber.

Berechnung anhand höchste Schätzung (Stand: 10.10.15) für das ganze Jahr 2015

Deutschland W heißt willkommen.

Vorurteil: „Denen geht's doch gut – die haben alle ein Handy“

Fakt ist: Viele Flüchtlinge haben ein Mobiltelefon. Sowohl in Krisengebieten, wie beispielsweise in Syrien, aber auch besonders auf der Flucht selbst ist ein Handy ein überlebenswichtiges Kommunikationsmittel. Oft ist es das Letzte, was die Flüchtlinge – neben dem, was sie am Körper tragen – aus ihrer Heimat mitnehmen konnten. Und eines muss auch klar sein: Wer vor Krieg und Elend flüchtet, muss nicht zwangsläufig arm sein. Gerade die Flüchtlinge aus den Kriegsregionen sind eben keine armen „Wirtschaftsflüchtlinge“. Sie haben oft Haus und Hof verkauft, um Leib und Leben durch Flucht retten zu können.

Vorurteil: „Balkanflüchtlinge sind doch eh alles nur Wirtschaftsflüchtlinge“

Fakt ist: Die Anerkennungsquoten der Antragstellerinnen und Antragsteller aus diesen Ländern ist äußerst gering. Die sechs Westbalkanstaaten wollen allesamt Mitglied der Europäischen Union werden und gelten im Sinne des Flüchtlingsrechts als sicher. Deshalb ist es konsequent, die meisten dieser Länder als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Aber: Diese Einstufung bedeutet nicht, dass es kein Asylverfahren mehr gibt. Anders als in Syrien herrscht auf dem Balkan kein Krieg. Aber fliehen deshalb alle Flüchtlinge von dort vor der Armut? Der Begriff „Flüchtlinge vom Balkan“ bezieht sich überwiegend auf Roma. Diese Bevölkerungsgruppe leidet in ihren Herkunftsländern unter menschenunwürdiger Diskri-

UNSERE ZEITUNG DIE DEMOKRATISCHE.

"Ich kann doch nicht einen Flüchtling, der nichts weiter hat als das, was er trägt, mit einem Kind auf dem Arm durch NATO-Draht laufen lassen."

Talat Deger, Geschäftsführer der Neuköllner Zaun- und Drahtfirma Mutanox, lehnte mit diesen Worten einen 500.000 Euro schweren Auftrag der ungarischen Regierung ab.

... gefunden auf facebook.de

minierung. Das hat auch die EU-Kommission wiederholt festgestellt. Trotzdem bekommt kein Flüchtling vom Balkan in Deutschland Asyl. Die Ablehnungsquote beträgt so gut wie 100 Prozent. Fakt ist also: Diese sogenannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ bleiben nicht in Deutschland, es sei denn, sie sind als Roma verfolgt. Und dann sind das alles andere als „Wirtschaftsflüchtlinge“!

"WER BEI UNS STIMMUNG GEGEN AUSLÄNDER MACHT UND FREMDENHASS SCHÜRT, DEM MÜSSEN WIR ENTSCHLOSSEN ENTGEGENTRETEN."

HEIKO MAAS

SPD

Deutschland W heißt illkommen.

SPD: ZEHN ENTSCHEIDUNGEN, DIE JETZT NÖTIG SIND

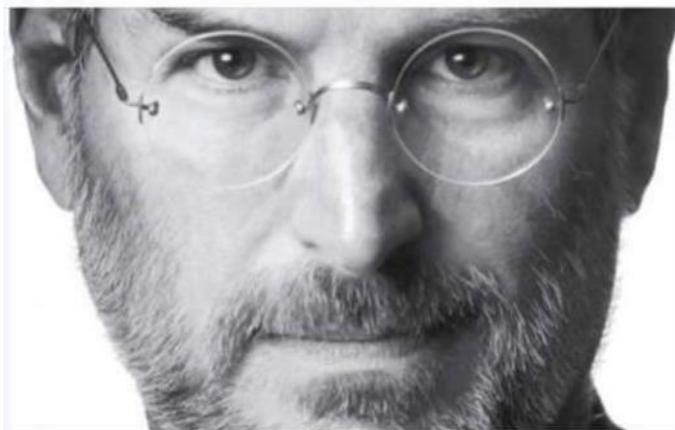
Die aktuellen Flüchtlingszahlen sind eine enorme, eine historische Herausforderung für Deutschland. Deutschland will ein sicherer Hafen sein für Menschen, die vor dem brutalen Bürgerkrieg in Syrien und Nordirak unter lebensbedrohlichen Bedingungen zu uns geflohen sind. Wer um Sicherheit und Leben fürchten muss, soll Schutz erhalten. Zugleich kann Deutschland diese Aufgabe nicht alleine schultern. **Europa muss mithelfen.**

Und wir dürfen unsere eigene Bevölkerung dabei nicht aus dem Auge verlieren. Die SPD ist die Partei, die beides schaffen muss: **Flüchtlinge, die auf Dauer bei uns bleiben können, schnell zu integrieren.** Und gleichzeitig **unser Land zusammenzuhalten und niemanden, der hier lebt, zu vergessen.** Wir wollen diese Aufgabe gemeinsam anpacken. Mit Zuversicht und Realismus.

Zuversicht, weil Deutschland ein starkes und mitfühlendes Land ist. Darauf können wir vertrauen. Realismus, weil die Herausforderung groß ist. Die Integration von hunderttausenden neuen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes ist eine Aufgabe, bei der alle mithelfen müssen. Der Staat, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Zivilgesellschaft. Wir brauchen auch die Erfahrung und den Rat der Menschen, deren Familien früher einmal nach Deutschland eingewandert sind. Migrantinnen und Migranten, die unser Land kennen, können eine große Brücke bauen, nicht nur in vielen Fällen als „Sprachdolmetscher“, sondern auch als **„Kulturdolmetscher“**, die unsere Gesellschaft und unsere Grundwerte vermitteln helfen. Denn wir brauchen auch eine **offensive Liberalität** denjeni-

gen gegenüber, die jetzt zu uns kommen. Unsere Leitkultur sind die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Ihre Kenntnis und innere Akzeptanz müssen wir fördern, aber auch einfordern.

Wenn ihr
nächstes Mal ein Hassposting gegen Flüchtlinge in euer iPhone tippt, denkt bitte daran: Der Mann, dem ihr das schöne Smartphone verdankt, ist der Sohn eines syrischen Flüchtlings, der 1954 in den USA Asyl erhalten hatte. Sein Name: Steve Jobs.



... gesehen auf facebook.de

Dafür müssen wir jetzt mutige, weitreichende, aber auch unbequeme Entscheidungen treffen. Jetzt ist nicht die Zeit zum Zögern und Zaudern, sondern zum **kraftvollen Anpacken**. Die Anteilnahme im ganzen Land und der unermüdliche Einsatz der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie der Einsatzkräfte gereichen unserem Land zur Ehre. Die Politik muss entschlossen handeln und den Weg ebnen für eine solidarische und realistische Bewältigung dieser enormen Aufgabe. Wir müssen die Fluchtursachen eindämmen; diejenigen schützen, die akut bedroht werden; diejenigen in unsere Gesellschaft aufnehmen, die auf absehbare Zeit

Deutschland W heißt illkommen.

nicht mehr in ihre Heimat zurück können; aber auch dort konsequent handeln, wo keine Schutzbedürftigkeit besteht. Wir müssen heute handeln, damit aus der Herausforderung heute nicht die Integrationskrise von morgen wird.

Vor allem brauchen wir aber dazu jetzt eine klare Konzentration auf die Maßnahmen, die entscheidend für das langfristige Gelingen einer humanen Flüchtlingspolitik sind. Dazu gehört für uns:

Finanzhilfe des Bundes ist ein Gebot der Stunde

Die Finanzhilfe des Bundes muss der tatsächlichen Zahl der Flüchtlinge entsprechen. Die Kosten für die Flüchtlinge dürfen daher nicht abstrakt und einmalig festgelegt werden, sondern müssen dynamisch an die tatsächlichen Erfordernisse angepasst werden. Länder und Kommunen brauchen eine **dauerhafte und strukturelle Entlastung**, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden und den sozialen Frieden in unserem Land erhalten zu können.

Deshalb ist es sinnvoll, eine **Pauschale für die Versorgung der Flüchtlinge** einzuführen. Länder und Kommunen erhalten damit einen Betrag pro Flüchtling, der die erforderliche Aufwendung deckt. Die gegenwärtig diskutierte Summe von drei Milliarden Euro zur Entlastung der Länder und Kommunen für nächstes Jahr wird angesichts der aktuellen Flüchtlingszahlen sicher nicht ausreichen.

Die anfallenden Kosten für die **Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge** sollten über eine Gesundheitskarte abgerechnet und vom Bund im Rahmen der Pauschale getragen werden, um die Kommunen finanziell und organisatorisch zu entlasten.

Flüchtlingsunterkünfte sicherstellen

Der Bund hat sich bereits verpflichtet, für die Erstunterbringung und Versorgung von 40.000 Flüchtlingen zu sorgen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber bei weitem nicht aus. In vier bis fünf dezentralen Aufnahmeeinrichtungen müssen deutlich **mehr Flüchtlinge in den ersten Monaten auf Kosten des Bundes** untergebracht und versorgt werden. Erst wenn über ihren Status entschieden worden ist, werden sie auf die Städte und Gemeinden verteilt. Bundesliegenschaften werden den **Kommunen mietfrei zur Verfügung** gestellt. Zur Sanierung alter Kasernen oder anderer Gebäude setzt der Bund Bauauflagen aus.

Integration durch gute Bildung

Wir brauchen massive Investitionen in Bildung, Ausbildung und Sprachkurse. Und zwar für alle:

"Ausländerfeindlichkeit und Rassismus haben nichts mit Sorgen und Ängsten zu tun, sondern ausschließlich mit Ausländerfeindlichkeit und Rassismus."

Michael Hufnagl
KURIER

Deutschland W heißt willkommen.

für jene, die schon lange bei uns leben genauso wie für die, die jetzt erst zu uns kommen und noch lange oder für immer bleiben werden. **Mehr Lehrerinnen und Lehrer und mehr Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter** kommen allen Kindern zu Gute! Damit Bund und Länder gemeinsam handeln können, wollen wir das hinderliche Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern abschaffen.

Wir brauchen auch ein Programm, um den Bau und die Sanierung von Einrichtungen voranzutreiben und **Schulen spürbar besser auszustatten**. Hier sind Bund und Länder gleichermaßen gefragt. Und für die Kleinsten müssen wir den KiTa-Ausbau noch schneller vorantreiben als bisher. Dabei geht es uns nicht nur **mehr KiTa-Plätze**. Wir wollen auch die Qualität unserer Kindergärten und Krippen verbessern mit den freigewordenen Mittel des Betreuungsgeldes.



Klare Ansage mit Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der „Sportfreunde Stiller“ vor dem Konzert "WIR für geflüchtete Menschen" am Samstag in München!

Integration auf dem Arbeitsmarkt

Die Flüchtlinge, die zu uns kommen, wollen arbeiten und sich einbringen. Deshalb muss die Bundesagentur für Arbeit die **Arbeitsvermittlung für Flüchtlinge** mit ihren speziellen Bedürfnissen deutlich verbessern.

Künftig soll das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) flächendeckend und einheitlich den **Bildungs- und Ausbildungsstatus der Flüchtlinge** erfassen. Und wir brauchen ein Bündnis mit den Kammern und Arbeitgebern für Ausbildung und Ausbildungsvorbereitung.

Mehr sozialer Wohnungsbau für alle

Wenn immer mehr Menschen zu uns kommen, wird bezahlbarer Wohnraum noch knapper. Deshalb braucht es ein ambitioniertes **Wohnungsbauprogramm**, mit dem wir in den nächsten Jahren 350.000 neue Wohnungen errichten. Die Wohnungen kommen nicht nur Flüchtlingen zugute, sondern allen, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind. Wir wollen auch steuerliche Anreize schaffen, damit die privaten Investitionen in den Wohnungsbau deutlich anziehen.

Wir stehen an der Seite der Freiwilligen

Die Bilder der vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer haben weit über die Grenzen unseres Landes hinaus die Menschen tief beeindruckt. Sie sind die Botschafter eines weltoffenen und toleranten Deutschlands. Wir wollen daher in noch größerem Rahmen Projekte und die Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in **Wohlfahrtsverbänden fördern**. Und wir wollen das Programm „**Hilfen für Helfer**“ **ausweiten**, das finanzielle und strukturelle Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vorsieht.

Deutschland W heißt illkommen.

Die bereits 10.000 zusätzlichen Stellen des **Bundesfreiwilligendienstes** helfen jungen Leuten, sich insbesondere in der Flüchtlingsbetreuung engagieren zu können.

Legale Wege der Zuwanderung verbessern!

Viele Antragsteller, insbesondere jene vom Westbalkan, suchen in Deutschland eigentlich nicht Asyl, sondern Arbeit. Es ist kein Verbrechen, für sich und seine Familie ein besseres Leben anzustreben. Aber das Asylverfahren ist der falsche Weg, der oft wirtschaftlich perspektivlosen Situation in den Herkunftsländern zu entkommen. Wir wollen eine Alternative zum Asylrecht anbieten, um auch das Asylsystem zu entlasten: **Arbeitsvisa für Bürgerinnen und Bürger des Westbalkan**. Wer vor seiner Einreise einen Arbeitsvertrag vorweisen kann, der nach Mindestlohn oder Tarif entgolten wird, soll künftig ein Arbeitsvisum für Deutschland bekommen können.

Mittelfristig müssen wir ein **Einwanderungsgesetz** schaffen, das eine moderne, unkomplizierte und transparente Arbeitsmigration nach Deutschland möglich macht und Zuwanderung noch stärker mit Integration verbindet.

Asylverfahren beschleunigen, Regeln konsequent durchsetzen!

Wer vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung flüchtet, erhält bei uns Schutz und Zuflucht. Der Bund sorgt durch ausreichendes Personal für eine **beschleunigte Entscheidung** der Asylanträge bzw. Klärung des Aufenthaltsstatus. Zum Abbau des Verfahrensstaus stellt das BAMF befristet Entscheider ein, die über eine verkürzte Einarbeitung schnell in die qualifizierte Unterstützung gebracht werden können.

Wer keinen Asylgrund darlegen kann und dessen Antrag abgelehnt wird, muss Deutschland wieder verlassen, damit die Hilfe auf die wirklich Schutzbedürftigen konzentriert werden kann. Bund und Länder müssen dabei noch enger zusammenarbeiten, um **Abschiebungen durchzusetzen**. Die Polizeibehörden müssen personell besser ausgestattet werden. Wer nach Abschluss des Verfahrens und nach Ausschöpfung von Rechtsmitteln einen vollziehbaren Abschiebebescheid hat, soll nur noch Leistungen auf dem Niveau des unabweisbaren Existenzminimums erhalten. Wir wollen klar machen: In diesen Fällen muss die Ausreise rasch erfolgen.

Die Liste der **sicheren Herkunftsstaaten** wird um die übrigen Westbalkanstaaten ergänzt. Dies erleichtert und beschleunigt die Rückführung der Betroffenen nach gescheiterten Asylverfahren.



WAZ

HOME LOKALES SPORT MEHR

Altena. Die Brandstiftung in einer Flüchtlingsunterkunft in Altena ist aufgeklärt: Der Staatschutz in Hagen hat zwei Männer im Alter von 23 und 25 Jahren verhaftet. Beide haben die Tat gestanden. Das Motiv, so die Polizei: "Angst vor Flüchtlingen". Ein rechtsradikaler Hintergrund liegt nicht vor.

... gefunden auf facebook.de: Ungeheuerlich!

Deutschland

W heißt willkommen.

Europa muss als Gemeinschaft handeln

Alle EU-Staaten müssen sich wieder an europäisches Recht halten. Ohne spürbare Solidarität nimmt die europäische Idee schweren Schaden. Durch einen fairen und transparenten **Verteilungsschlüssel** müssen Flüchtlinge künftig tatsächlich auf alle 28 Mitgliedstaaten verteilt werden. Die Europäische Union hält es langfristig nicht aus, wenn drei Mitgliedstaaten die Hauptlast tragen.

Voraussetzung für die Verteilung sind an den EU-Außengrenzen Aufnahmeeinrichtungen, sogenannte „Hotspots“. Die Europäische Union muss die betroffenen Länder massiv dabei unterstützen, leistungsfähige Einrichtungen aufzubauen in den Staaten, in denen die meisten Flüchtlinge in die EU gelangen.

Die finanzielle Belastung durch die Aufnahme von Flüchtlingen sollte als Bedarf für die **Zuweisung von Strukturfondsmitteln** anerkannt werden. Damit geben wir ein Signal, dass die Europäische Union

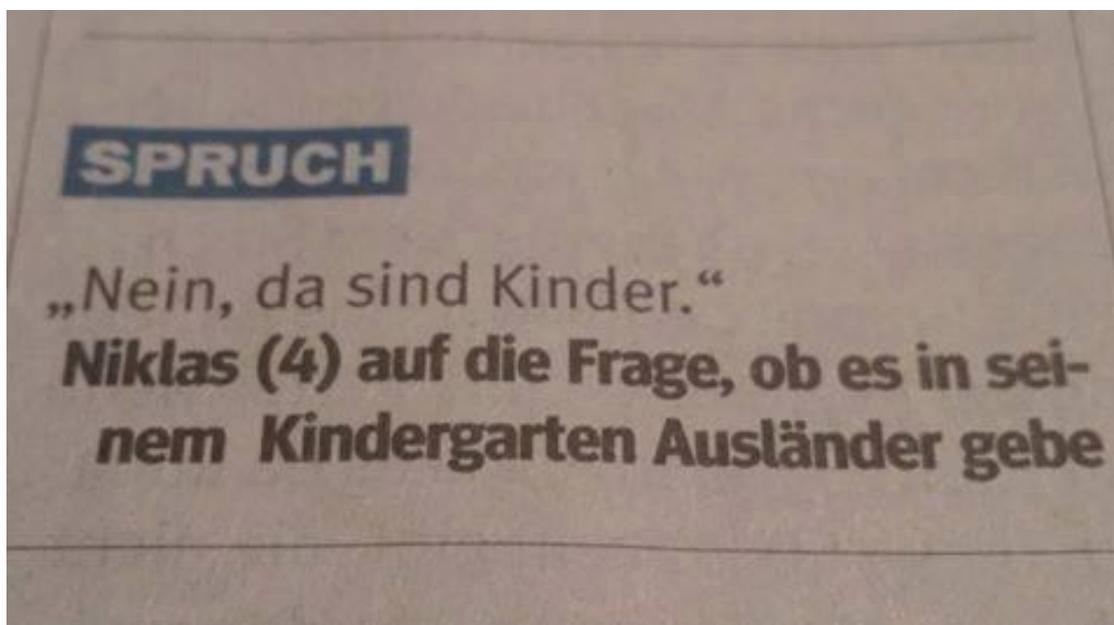
die Übernahme von Verantwortung zur Bewältigung der Flüchtlingskrise honoriert. Insbesondere die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen werden dadurch unterstützt, die nötigen Strukturen aufzubauen.

Allianz gegen Fluchtursachen

Langfristig müssen wir uns daran machen, die Ursachen für die Flucht der Menschen zu bekämpfen, denn niemand verlässt gerne seine Heimat. **Deutschland und Europa sollten eine Geberkonferenz für Hauptaufnahmeländer in der Region initiieren.** Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen und Jordanien, der Libanon und die Türkei brauchen dringend mehr Geld für die Versorgung der Flüchtlinge in der Region.

Wir wollen, dass die **Europäische Union seine Unterstützung für die Flüchtlingshilfe der UN um mindestens 1,5 Mrd. Euro aufstockt.** Und wir erwarten, dass die USA, die Golfstaaten und andere entwickelte Industrieländer ebenfalls einen weiteren Beitrag von jeweils mindestens 1,5 Mrd. Euro

erbringen. Wenn wir die Lage vor Ort spürbar verbessern können, senken wir die Anreize, sich auf den gefährlichen Weg nach Europa zu machen.



... gefunden auf
facebook.de

Deutschland W heißt illkommen.

Unbegleitete Flüchtlingskinder besser betreuen

Ein neues Gesetz soll die Situation von jungen unbegleiteten Flüchtlingen deutschlandweit verbessern und eine dem Kindeswohl entsprechende, bedarfsgerechte Unterbringung, Versorgung und Betreuung sicherstellen. Der Bundestag hat den von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) vorgelegten Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten.

Kinder und Jugendliche, die alleine aus ihren Heimatländern nach Deutschland fliehen und ihre Familien verlassen müssen, sind besonders schutzbedürftig. Es ist unsere Aufgabe und Verantwortung, diese Kinder und Jugendlichen zu schützen und ihnen ein neues Zuhause zu bieten.

Angesichts der hohen Einreisezahlen müssen wir nun schnell und wirkungsvoll handeln. Der Bund wird sich mit 350 Millionen Euro pro Jahr an der Finanzierung der Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge beteiligen. Darauf hatten sich die Regierungschefinnen und -chefs von Bund und Ländern bereits bei einem „Flüchtlingsgipfel“ am Vorabend der Plenardebatte verständigt.

Der nun eingebrachte Gesetzentwurf aus dem Hause Schwesigs ergänzt diese Maßnahme. Denn die Erfahrung der letzten Monate zeigt: Die meisten unbegleiteten Flüchtlingskinder kommen in einigen wenigen Kommunen an. Um die Lasten innerhalb Deutschlands besser zu verteilen und die häufig traumatisierten Kinder und Jugendlichen angemessen unterbringen und versorgen zu können, sieht

der Gesetzentwurf der Bundesregierung eine bundesweite Aufnahmespflicht der Länder vor.

„Keine Kinder erster und zweiter Klasse“

Der Gesetzentwurf stellt auch klar, dass ausländische Kinder und Jugendliche Zugang zu allen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe haben. Außerdem soll mit dem Gesetz das Mindestalter zur Begründung der Handlungsfähigkeit in Asylverfahren von 16 auf 18 Jahre angehoben werden. Dadurch werden auch 16- und 17-Jährigen in dem komplexen Asylverfahren von einem gesetzlichen Vertreter begleitet und nicht länger wie Erwachsene behandelt. Das Kindeswohl stehe im Mittelpunkt, betonte Schwesig in ihrer Rede. „Für uns gibt es keine Kinder erster und zweiter Klasse.“

Das ist nicht zuletzt geboten, weil die UN-Kinderrechtskonvention vorgibt, dass für alle Kinder, egal welcher Herkunft, gleiches Recht gilt. Wir müssen daher den zum Teil traumatisierten Kindern und Jugendlichen, die hier alleine und in einem für sie fremden Land sind, bestmöglich und „parteiübergreifend“ helfen.



Foto: UNHCR

Deutschland W heißt illkommen.

EUNAVFOR MED GEGEN MENSCHENSCHMUGGEL BESCHLOSSEN

Der Bundestag hat in Namentlicher Abstimmung einen Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED beschlossen. Ich habe mit „Ja“ gestimmt.

Mit der Operation soll das Geschäftsmodell der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer unterbunden werden. Die Seenotrettung steht dabei nach wie vor an erster Stelle.

Täglich machen sich zahlreiche Flüchtlinge auf Booten von Nordafrika auf den Weg nach Europa – meist unter lebensgefährlichen Umständen, oft mit Kindern an Bord.

Mit der Mission EUNAVFOR MED (European Naval Forces Mediterranean) soll gezielt gegen die kriminellen Schlepper in den internationalen Gewässern zwischen Libyen, Tunesien und Italien vorgegangen werden.

Das heißt: Mit der Ausweitung des Mandats, das seit Ende Juni in Kraft ist, soll die Bundeswehr Schiffe und Boote anhalten, durchsuchen und wenn nötig beschlagnahmen und umleiten dürfen.

EUNAVFOR MED ist ein Element innerhalb der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke. Ziel ist es, die Bewegungsfreiheit der Schleuser einzuschränken und eine abschreckende Wirkung zu entfalten.

In den letzten Monaten wurden rund 8.000 Menschen durch die beteiligten deutschen Soldatinnen und Soldaten auf Hoher See gerettet. Und das muss fortgesetzt werden.

Durch die zunehmende Hoffnungslosigkeit der syrischen Flüchtlinge und die desaströse Lage in den Flüchtlingslagern in den Nachbarländern sehen viele Menschen nur in der Flucht über das Mittelmeer eine Chance auf ein besseres Leben. Die Ausweitung des Mandats steht dabei nicht im Widerspruch mit einer aktiven Bekämpfung der Fluchtursachen. Vielmehr gehört die Finanzierung der Flüchtlingslager in Syriens Nachbarländern genauso zur Ursachenbekämpfung wie EUNAVFOR.

Für die Bundeswehr ist eine Obergrenze von 950 SoldatInnen vorgesehen. Die Beteiligung ist somit bis 31. Oktober 2016 gesichert. Neben Deutschland beteiligen sich Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien und Slowenien an der Mission.



Deutschland W heißt illkommen.

KOALITION BRINGT ASYLGESETZPAKET IN BUNDESTAG EIN

Nie waren weltweit mehr Menschen auf der Flucht vor Krieg, Terror und Verfolgung als in diesen Zeiten. Laut Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) sind knapp 60 Millionen Menschen auf dem Weg auf der Suche nach Frieden, Sicherheit und einem neuen Leben.

Immer mehr Hilfesuchende kommen auch nach Deutschland, um hier Asyl zu beantragen. Dieses Jahr erwarten wir zwischen 800.000 und 1.000.000 Schutzsuchende. Das stellt den Bund, die Länder und Kommunen und die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen.

Wir müssen Lösungen finden, wie Deutschland seiner humanitären Verantwortung trotzdem gerecht werden kann. Der Koalitionsausschuss hat am 6. September beschlossen, dass der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation mit einer Reihe von Maßnahmen kurzfristig begegnet werden soll. Auf dem Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt am 24. September wurden diese von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder und der Bundesregierung bestätigt und konkretisiert. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. U.a. wurden folgende Regelungen beschlossen:

- Um **Fluchtursachen** in Herkunftsländern zu bekämpfen, werden die entsprechenden Mittel aufgestockt.
- Um die **Länder und Kommunen zu entlasten**, zahlt der Bund den Ländern ab 2016 eine Pauschale von monatlich 670 Euro pro Asyl-

bewerber für die Dauer des Verfahrens und im Fall der Ablehnung einen Monat darüber hinaus und beteiligt sich an der Versorgung von unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen zusätzlich mit 350 Mio. Euro jährlich.

- Die **Dauer von Asylverfahren** soll auf durchschnittlich drei Monate verkürzt werden.
- Um der **angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt** entgegenzuwirken und bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Deutschland zu schaffen, werden u.a. 500 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt.
- Für ein Sonderprogramm des **Bundesfreiwilligendienstes** in der Flüchtlingsarbeit werden 10.000 neue Stellen geschaffen.

Zudem wurde unter der Federführung des BMI das nun vorliegende Asylopaket bestehend aus einem Artikelgesetz (Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz) und einer Mantelverordnung erarbeitet. Auch wir als Fraktion haben unsere Vorschläge und Anmerkungen in die Verhandlungen eingebracht. Insbesondere sind folgende Regelungen enthalten:

Sichere Herkunftsstaaten

Albanien, Kosovo und Montenegro werden zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Dieser in unserer Fraktion umstrittene Beschluss konnte in unserem Sinne ergänzt werden: Erstens wird sich der Bund weiter dafür einsetzen, die wirtschaftliche und soziale Lage in den Herkunftsstaaten für Minderheiten zu verbessern. Zweitens wird der Bund verpflichtet, alle zwei Jahre einen Bericht über die Lage in den betreffenden Staaten vorzulegen.

Deutschland W heißt willkommen.

Beschleunigung des Asylverfahrens

Zur Beschleunigung des Asylverfahrens können Asylbewerber verpflichtet werden, bis zu sechs statt bisher drei Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Für Antragsteller aus sicheren Herkunftsstaaten soll dies bis Ende des Verfahrens gelten.

Vorverlagerung und Verbesserung der Sprachförderung

Arbeit ist der Schlüssel für Integration. Dauerhafte Arbeit setzt gute Sprachkenntnisse voraus. Deshalb werden Spracherwerb und Arbeitsmarktpolitik stärker verknüpft. Die **berufsbezogene Sprachförderung und die Integrationskurse** sollen in ein Gesamtprogramm „Sprache“ überführt werden. Dabei geht es einerseits um eine Erhöhung der Zahl der Sprachkurse und andererseits darum, möglichst früh Sprachkurse anzubieten. Dafür werden die Mittel für Sprachkurse deutlich aufgestockt.

Außerdem werden die **Integrationskurse für Geduldete und Asylbewerber**, bei denen ein dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, geöffnet. Jobcenter können aber auch weiterhin im Rahmen von Eingliederungsleistungen berufsbezogene Sprachförderung anbieten. Das ist ein deutlicher Fortschritt. Die, die dauerhaft bei uns bleiben werden, wollen wir früh integrieren.

Integration in den Arbeitsmarkt

Zudem werden die Eingliederungstitel der Jobcenter so aufgestockt, dass wir dauerhaft bleibende Flüchtlinge aktiv bei der **Arbeitsmarktintegration** deutlich besser unterstützen können. Anerkannte Asylberechtigte werden voll arbeitsberechtigt, erhalten Leistungen der Jobcenter und zählen in der Arbeitslosenstatistik.

Die Bevölkerung in Deutschland altert und zukünftig werden vermehrt Fachkräfte gebraucht. Die Flüchtlinge kommen hoch motiviert an und wollen etwas aufbauen.

Wir müssen aber auch die Anstrengungen für Menschen verstärken, die schon lange bzw. immer hier leben und Arbeit suchen.

Das Mehr an Mitteln für die Jobcenter wird auch hier hilfreich sein. Gemeinsam können wir so weiter ein stabiles Wachstum und ein gutes Leben für alle in unserem Land schaffen. Klar ist auch: Die Schaffung eines prekären Niedriglohnssektors für Flüchtlinge, z. B. durch eine Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge, wird es nicht geben.



Christine Lambrecht, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion in der Debatte: „Wir werden nicht akzeptieren, dass Gruppen gegeneinander ausgespielt werden.“

Deutschland W heißt willkommen.

Das Modellprojekt „Early Intervention“ wird flächendeckend ausgeweitet. Damit stellen wir sicher, dass Mitarbeiter der Bundesagentur so früh wie möglich in die Einrichtungen gehen und die Berufserfahrungen und Qualifikationen der Flüchtlinge erheben können.

Arbeitsvisa für Menschen aus Westbalkanländern

Gleichzeitig zu den Regelungen hinsichtlich sicherer Herkunftsstaaten wird Bürgern aus dem Westbalkan **der legale Zugang zum Arbeitsmarkt** vereinfacht. Wichtig war uns dabei, den Menschen Wege jenseits des Asylverfahrens zu eröffnen: Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag mit tarifvertraglichen Bedingungen vorweisen, seinen Lebensunterhalt und ggf. den seiner Familie selbst - ohne Sozialleistungen - decken kann und in den letzten zwei Jahren nicht als Asylbewerber oder Geduldeter in Deutschland Leistungen bezogen hat, soll mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit arbeiten oder eine Ausbildung aufnehmen dürfen.

Erleichterungen des Arbeitsmarktzugangs bei der Leiharbeit

Das **Leiharbeitsverbot** für Asylbewerber und Geduldete, das bisher in den ersten vier Jahren des Aufenthaltes bestand, entfällt künftig für Hochqualifizierte und in den Ausbildungsberufen, in denen ein **Fachkräfteengpass** besteht, nach Ablauf der allgemeinen Wartefrist für den Arbeitsmarktzugang von drei Monaten. Für alle anderen nach einer Aufenthaltsdauer von 15 Monaten. Damit wird Flüchtlingen der Arbeitsmarktzugang weiter erleichtert.

Anpassungen im Leistungsrecht

Für vollziehbar Ausreisepflichtige, die nicht unverschuldet an der Ausreise gehindert sind, werden die Leistungen auf das unabdingbar Notwendige

reduziert. Zudem sieht die Neuregelung begrenzt für den Zeitraum der Unterbringung in der Erstaufnahme vor, dass der notwendige persönliche Bedarf (Kommunikation, ÖPNV, Freizeit/Kultur, Bildung etc.) durch Sachleistungen gedeckt werden *soll*. Die Regelung eröffnet den Leistungsbehörden zugleich die Möglichkeit, weiterhin Geldleistungen zu erbringen, soweit dies - nach den Umständen (z. B. aufgrund der Überlastung der Erstaufnahmeeinrichtung) - erforderlich ist. Bei einer Folgeunterbringung in Sammelunterkünften *können* Sachleistungen gewährt werden.



SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann:
„In Notunterkünften kann Integration nicht gelingen.“

Erleichterungen im Bauplanungsrecht

Durch den innerhalb kurzer Zeit stark steigenden Zuzug von Flüchtlingen ist auch der Bedarf nach Erstaufnahmeeinrichtungen und **nachhaltigem und bezahlbarem Wohnraum** kurzfristig stark gestiegen und steigt weiter. Nachdem wir bereits im letzten Jahr Erleichterungen im Bauplanungsrecht für

Deutschland W heißt willkommen.

Flüchtlingsunterkünfte umgesetzt haben, z.B. im unbeplanten Innenbereich und als Ausnahme in Gewerbegebieten, führen wir nun weitere befristet ein. In sämtlichen baurechtlichen Gebietskategorien – sowohl im Innen- wie im Außenbereich wird die Zulässigkeit von Flüchtlingsunterkünften ausgeweitet.

In einer Generalklausel wird die Möglichkeit zur **Abweichung von den Vorschriften des Baugesetzbuches** ebenfalls bis zum 31.12.2019 eingeräumt, sofern die rechtzeitige Bereitstellung dringend benötigter Unterkünfte anderweitig nicht erreicht werden kann.

Außerdem wird in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften eine auf drei Jahre befristete generelle Befreiung von der im Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz festgeschriebenen Pflicht für Gebäude im Eigentum der öffentlichen Hand, bei grundlegenden Renovierungen erneuerbare Energien zur Wärmeversorgung zu nutzen, eingeräumt. Zudem werden diese Gebäude bis zum 31.12.2018 von aus der Energieeinsparverordnung resultierenden Nachrüstungs- und Bauteilanforderungen im Fall notwendiger Modernisierungen befreit.

Wohnungsbau

Der Bedarf nach neuen, bezahlbaren Wohnungen steigt und wird durch die Flüchtlinge, die mittel- bis längerfristig in Deutschland bleiben, absehbar weiter steigen. Deshalb ist es so wichtig, dass neben den befristeten Maßnahmen, die kurzfristig die Einrichtung und den **Bau von Unterkünften** beschleunigen sollen, auch dafür gesorgt wird, dass langfristig genügend bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen in Deutschland zu Verfügung steht.

Um **Wohnungsneubau anzureizen**, sieht das Asylpaket vor, dass die den Ländern vom Bund zugewiesenen Kompensationsmittel für den sozialen Wohnungsbau bis 2019 um insgesamt 2 Milliarden Euro erhöht werden. Im Gegenzug haben die Länder zugesagt, die Kompensationsmittel zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau einsetzen zu wollen. Kommunen werden Immobilien und Liegenschaften des Bundes schnell und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt.

Dafür sollen in den laufenden Beratungen zum Nachtragshaushalt 2015 und zum Haushalt 2016 die Voraussetzungen mittels Haushaltsvermerk im Einzelplan 60 analog zu den bestehenden Regelungen zur verbilligten Abgabe von Konversionsflächen



... gefunden auf facebook.de

Deutschland W heißt illkommen.

geschaffen werden. Diese Maßnahmen sollen durch weitere Anreizinstrumente ergänzt werden, um den Neubau in angespannten Wohnungsmärkten zu fördern.

Gesundheitsversorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern

Für den Bereich der Gesundheitsversorgung verbessert das Asylpaket die Situation der Asylbewerberinnen und Asylbewerber deutlich und nachhaltig. Konkret werden wir mit dem Paket folgende vier Leistungsbereiche neu regeln bzw. ausweiten: Künftig besteht ein bundesweit einheitlicher **Anspruch auf Schutzimpfungen** für Asylsuchende. Den Asylbewerbern werden fortan frühzeitig, regelmäßig und aktiv Schutzimpfungen angeboten, um bestehende Impflücken zu schließen und Krankheitsausbrüche in Gemeinschaftsunterkünften zu vermeiden. Mit dieser Maßnahme tragen wir nicht nur zum gesundheitlichen Schutz der Flüchtlinge bei, sondern handeln auch im Interesse der öffentlichen Gesundheit.

Die Krankenkassen werden verpflichtet, die Krankenbehandlung zu gewährleisten und entsprechende Rahmenvereinbarungen zu treffen, sofern das von der jeweiligen Landesregierung gewünscht wird. Um den Flüchtlingen einen **diskriminierungsfreien und unbürokratischen Zugang zum Gesundheitssystem** zu ermöglichen, kann in diesem Zusammenhang die Aushändigung einer elektronischen Gesundheitskarte erfolgen, was wir ausdrücklich begrüßen.

Sprachkundige Ärzte unter den Asylbewerbern können künftig die ärztliche Versorgung in Flüchtlingsunterkünften unter strengen Vorgaben unterstützen, sofern die vorhandenen Kapazitäten hierzu

nicht ausreichen. Die Ausübung der Tätigkeit ist befristet und ausschließlich auf Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge begrenzt und muss unter Verantwortung eines Arztes erfolgen. Wir nutzen damit die vorhandenen Ressourcen optimal, entlasten die vor Ort tätigen Ärzte und stellen die Gesundheitsversorgung der Asylbewerber in Flüchtlingsunterkünften sicher.

Um die **ambulante psychotherapeutische und psychiatrische Behandlung** von besonders schutzbedürftigen traumatisierten Flüchtlingen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, zu ermöglichen, wird die Zulassungsverordnung der Ärzte hinsichtlich der Ermächtigungsmöglichkeiten geändert. So sollen künftig geeignete Ärzte, Psychotherapeuten und spezielle Einrichtungen, z.B. **Traumazentren**, die bisher über keine Kasenzulassung verfügten, zur Behandlung der Asylsuchenden ermächtigt werden können.

Diese und weitere Maßnahmen sind wichtige Schritte, um die Aufnahme, gute Unterbringung, Versorgung und Integration von geflohenen Menschen zu gestalten. Die SPD hat sich an vielen Stellen dafür eingesetzt. Die Hilfe für die Menschen, die zu uns vor Not und Krieg flüchten, ist eine enorme Aufgabe. Ob und wie wir sie bewältigen wird unsere Gesellschaft prägen und verändern. Wir müssen uns die Frage stellen, in welcher Welt wir leben wollen: In einer, die die Grenzen und die Köpfe dicht macht und Veränderungen ablehnt oder in einer, die offen ist und Herausforderungen annimmt.